

AUSGABE VOM 19. MAI 2017

NRW-Kuppelgucker: Besucher aus Köln im Berliner Reichstag

In dieser Woche freute sich MdB Karsten Möring über den Besuch einer Gruppe politisch interessierter Kölnerinnen und Kölner, die auf seine Einladung hin die Bundeshauptstadt besuchten. Auf dem Programm standen unter anderem eine Stadtrundfahrt, Besuche in der Gedenkstätte Berliner Mauer, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie des eindrucksvollen Mauer Panoramas zum geteilten Berlin des Künstlers Yadegar Asisi am „Checkpoint Charlie“.



Zudem konnten die Teilnehmer eine Plenarsitzung des Bundestages besuchen. Anschließend berichtete Karsten Möring über seine Arbeit als CDU-Abgeordneter für Köln. Natürlich „erstieg“ die Gruppe auch die Reichstagskuppel, wo dieses schöne Gruppenbild entstand. (Foto: BPA)

Hass, Hetze und Verleumdungen in sozialen Netzwerken bekämpfen

Am Freitag diskutierte der Bundestag in erster Lesung den Entwurf des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) der Bundesregierung. Damit soll erreicht werden, dass Hetze, Hass und Verleumdungen auch im Internet unterbunden und strafrechtlich besser verfolgt werden kann. Betreiber von Plattformen wie Facebook sind bereits heute verpflichtet, strafbare Inhalte zu löschen, sobald sie davon Kenntnis erlangen. Leider entziehen sich viele Anbieter bislang dieser Verpflichtung. Selbst grob rechtswidrige Inhalte stehen teilweise tage- und wochenlang im Netz und werden nicht gelöscht. Mit dem NetzDG sollen Facebook, Twitter und Co. in die Pflicht genommen werden, ein leicht erkennbares, erreichbares und ständig verfügbares Verfahren für Beschwerden über strafbare Inhalte einzurichten.

„Ich bin mit dem Gesetzentwurf aus dem Haus des SPD-Justizministers bei weitem noch nicht zufrieden,“, sagt MdB Karsten Möring. „Wichtige Punkte sind noch unklar: wer definiert ob ein Inhalt gelöscht wird oder nicht und nach welchen Kriterien wird geprüft? Schließlich wollen wir keine private Zensur. Der freie Meinungs austausch ist ein Wesensmerkmal der demokratischen Debatte. Er gehört zu den unverrückbaren Werten einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft. Daran ändert der Gesetzentwurf nichts. Denn eine Zensur lehnen wir entschieden ab.“

Wir wollen aber sicherstellen, dass Menschen, die Opfer von Hass, Hetze, Diffamierung oder Verleumdung im Netz geworden sind, zu ihrem Recht kommen können. Dafür und nur dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Wer heute versucht, eine Beleidigung durch einen anonymen Teilnehmer im Netz juristisch verfolgen zu lassen scheitert schon daran, dass er nicht herausfinden kann, wer diese Beleidigung vorgenommen hat. Das müssen wir ändern.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

was für ein Wahlsonntag: Rot-Grün ist abgewählt, die CDU ist klar stärkste Kraft in NRW. Armin Laschet wird Ministerpräsident, wie es aussieht, einer schwarz-gelben Regierung. Ich freue mich vor allem mit den vielen unermüdlichen Wahlkämpfern, die für diesen Erfolg einen unglaublichen Einsatz gezeigt haben.



Unser lokales Ergebnis sehe ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Drei Kölner Direktmandate konnten wir erringen. Ich freue mich riesig für Florian Braun, der seinen Wahlkreis dem SPD-Vorsitzenden Jochen Ott abgenommen hat!

Obwohl Serap Güler gegenüber der letzten Landtagswahl fünftausend Stimmen hinzugewonnen hat, waren es zum Schluss noch dreitausend Stimmen zu wenig. So konnte der Wahlkreis trotz größten Einsatzes nicht gewonnen werden. Ich wünsche sehr, dass die CDU für Serap Güler im Rahmen der Regierungsbildung eine Funktion findet, in der sich das Talent und die Fähigkeiten dieser Powerfrau entfalten können.

Die CDU hat auf die richtigen Themen gesetzt und nach schlechten Umfragen die Nerven behalten. Das war umso wichtiger, da sich ein Drittel der Wähler erst in den letzten Tagen entschieden haben. Zudem war die direkte Ansprache der Wähler enorm wichtig für diesen Erfolg. Den wollen wir jetzt bei der Bundestagswahl am 24. September wiederholen. Mit dem Rückenwind von drei gewonnenen Landtagswahlen und dem Ihrer Unterstützung wird uns das gelingen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Sozialer Wohnungsbau kommt voran

Am Donnerstag debattierte der Bundestag erneut über den Sozialen Wohnungsbau. Nach den Worten des Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring, Mitglied im Bauausschuss des Bundestags, hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode einen umfangreichen Beitrag für den Sozialen Wohnungsbau geleistet. Mit beachtlichen 1,5 Milliarden Euro pro Jahr unterstütze der Bund die Länder bei der Förderung des Wohnungsbaus. Die Zahl der geförderten Neubauten sei im Jahr 2016 auf knapp 25.000 Wohnungen gestiegen. Die Wohnungsmarktlage in einigen Städten und Ballungsregionen erfordere unbedingt dieses hohe Engagement des Bundes. Es seien 350.000-400.000 Wohnungsneubauten pro Jahr für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt erforderlich. Diese Zahlen sind laut MdB Möring ohne den frei finanzierten Wohnungsbau durch private Investoren und ohne den Eigenheimbau auch junger Familien nicht zu erreichen. Daher müsse die steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus weiter debattiert und ein attraktives „Baukindergeld“ eingeführt werden.

Karsten Möring: „Eine Verengung der Wohnungsbaudebatte allein auf den Mietwohnungsmarkt in den „Boom-Städten“ und auf eine Verdichtung der Bebauung greift viel zu kurz. Wir müssen unseren Blick über die betroffenen Stadtzentren hinaus richten. Der ländliche Raum kann und muss als Entlastungspotential für überhitzte städtische Wohnungsmärkte genutzt werden. Die schnellere und bessere Verfügbarkeit von günstigem Bauland ist dort ein wichtiger Standortvorteil. Auch leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen und ein zügiger Ausbau des Breitbandnetzes tragen dazu bei, die Wohn- und Arbeitsperspektiven außerhalb der Stadt- und Ballungszentren zu festigen.“

Verwendung von Quecksilber reduzieren

Der Bundestag hat am Donnerstag einstimmig den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ratifikation des sogenannten Minamata-Übereinkommens angenommen. MdB Karsten Möring hat als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die Annahme des Gesetzes „als wichtigem Meilenstein für den Umwelt- und Gesundheitsschutz“ geworben.

Ziel des Minamata-Übereinkommens, das 2013 in Genf ausgehandelt wurde, ist die Reduzierung der Verwendung von Quecksilber und die Minimierung der Emissionen dieses hochtoxischen Stoffes. Die vertragschließenden Staaten haben sich verpflichtet, ab 2020 keine quecksilberhaltigen Produkte wie Batterien, Beleuchtungskörper, Kosmetika, Seifen, Schalter oder Thermometer mehr herzustellen oder zu verkaufen. Abfälle des Schwermetalls dürfen dann nur noch unter strengsten Auflagen gelagert und entsorgt werden. Das Abkommen tritt in Kraft wenn es von 50 Staaten ratifiziert worden ist.

Unterstützung für Wasserprojekte in Nahost



Zu einem Meinungsaustausch über Probleme der Wasserversorgung in Jordanien und den Palästinensergebieten traf sich MdB Karsten Möring mit dem jordanischen Wasserminister Dr. Hazim El-Naser. Jordanien gehört zu den wasserärmsten Ländern der Welt. Die Wasserknappheit steigt auch wegen der Aufnahme von 1,4 Millionen Flüchtlingen aus Syrien stetig an. Deutschland hilft Jordanien bei einer effizienteren Trinkwasserbewirtschaftung. Erstmals wird jetzt ein mit Israel und den Palästinensern gemeinsam getragenes Projekt (Red sea - dead sea) auf den Weg gebracht. (Foto: privat)

Bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht

Die Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer muss konsequenter durchgesetzt werden, vor allem wenn von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Ein entsprechendes Gesetz hat der Bundestag verabschiedet. Zudem sollen sich Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, wenn sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben. Ferner wird die Möglichkeit der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen, gestärkt. Abschiebehaft soll künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann.

„Wir ziehen damit weitere nötige Konsequenzen aus den Anschlägen von Berlin und Ansbach“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 8/2017
19. Mai 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häbeler/
Dr. Jürgen Reuter